

Ausgabe Dezember 2023 | Jahrgang 28

# Zornheimer Bote

Das Magazin der CDU Zornheim



Wir wünschen Ihnen ein Weihnachtsfest voller Staunen und Wunder, einzigartig wie eine Schneeflocke und warm wie eine Kaminfeuer.

Der Bürgermeister hat das Wort  
Interview mit dem BM-Kandidaten 2024  
CDU-Fahrt nach Potsdam  
Aufwertung durch 1.000 Bäume

Grünpaten gefunden  
Das „Schicksalsbuch der Nation“  
Mitgliederversammlung  
Neues aus dem Landtag

**CDU**  
[www.cdu-zornheim.de](http://www.cdu-zornheim.de)



# Unser Bürgermeister hat das Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zornheimer,

gerne möchte ich Sie zum Ende des Jahres über einige Themen sowie deren aktuellen Stand in unserer Gemeinde informieren.

Zunächst ein kleiner Nachtrag zur letzten Ausgabe:

„Schülerbeförderungsticket für alle (Zornheimer) Schüler, die eine weiterführende Schule besuchen“, das ist der Tenor eines von Verwaltung und allen im Rat vertretenen Fraktionen gemeinsam gestellten Antrags an den Kreistag Mainz-Bingen. Laut Schulgesetz werden die Kosten für Fahrkarten für Schüler vom Kreis übernommen, wenn entweder der Schulweg zur nächstmöglichen Schule länger ist als vier Kilometer oder aber wenn der Schulweg, auch wenn kürzer, als besonders gefährlich einzustufen ist. Das führt in einigen Gemeinden, so auch in Zornheim dazu, dass manche Schüler das Ticket erstattet bekommen, andere aber nicht. Der Antrag wurde eingereicht, wird jedoch nicht weiterbearbeitet werden.

Die Kreisverwaltung hat mir mitgeteilt, dass es für ihren Bezirk eine solche Ungleichbehandlung nicht gebe, und dass in Zornheim kein Kind das Schülerticket bezahlt bekäme, und dies aufgrund des zumutbaren Schulwegs. Hier habe ich nochmals um weitere Informationen gebeten. Aus einem Begehungsprotokoll vom Juni 2018 geht hervor, dass für diesen Schulweg keine „Besondere Gefährlichkeit“ besteht. Auch würden nach einer Begehung des Schulweges Sörngenloch / Nieder-Olm für das Schuljahr 2018/19 keine Schülerfahrkarten unterhalb der 4-km-Grenze ausgegeben – danach schätzungsweise auch nicht.

Im Folgenden ist es mir nicht leichtgefallen, einzelne Themenbereiche trennscharf abzubilden, da einige sich gegenseitig bedingen bzw. miteinander zu tun haben.

**Stichwort Haushalt 2024:** Für den Haushalt 2024 müssen wir Einsparungen von über 300.000€ vornehmen. Diese betreffen leider einige Maßnahmen, insbesondere freiwillige Leistungen. Der Grund für die Einsparungen ist in der Entwicklung des Baugebietes Pfortengewann III zu suchen. Die Verbandsgemeindeverwaltung geht davon aus, dass die Erschließungsmaßnahmen erst im Frühjahr 2024 beginnen können. Diese werden dann voraussichtlich das Jahr über andauern. Da wir

die Grundstücke nicht vor Ende der Erschließungsmaßnahmen veräußern können, ziehen sich diese Verkäufe wahrscheinlich bis in das Jahr 2025 hin. Somit fehlen 2024 natürlich die geplanten Einnahmen, wodurch unsere finanzielle Leistungsfähigkeit zumindest für 2024 enorm eingeschränkt ist.

Neben einer weiteren Kreditaufnahme werden wir Kürzungen in einigen Bereichen vornehmen müssen. Dazu zählen beispielsweise Zuschüsse für Vereine, die über die jährlichen Zuschüsse für Jugendarbeit hinausgehen. Ausgenommen ist die Bezuschussung des Betriebs der Sportanlage, da dies vertraglich geregelt ist.

Auch werden wir Gelder kürzen müssen, mit denen wir in den letzten Jahren, wann immer möglich, Grundstücke zur ökologischen Aufwertung erworben haben. Diese haben wir im Anschluss daran über Gestattungsverträge zur Bearbeitung der Stiftung Wald zum Leben übergeben, und im Gegenzug die Flächen als ökologische Ausgleichsflächen anerkannt bekommen. Die Planung einer Grünsatzung für die Ortsgemeinde Zornheim haben wir eigenständig zumindest auf Eis gelegt, nachdem man uns in Aussicht gestellt hat, für eine solche Satzung möglicherweise bis zu 20.000€ an Planungskosten zahlen zu müssen. Dafür eine solche Summe für 2024 einzuplanen wäre zudem kaum möglich.

Ebenfalls werden Gelder zumindest gekürzt werden müssen, was die Herrichtung einer Jugendfreizeitfläche betrifft. Dieses nicht unumstrittene Projekt haben wir allein deswegen nicht voranbringen können, da die 3. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) 2025 noch aussteht. Erst wenn diese rechtskräftig ist und darin die Umwidmung eines Feldweges (alter Grillplatz) zu einer Freizeitfläche genehmigt wird, können weitere Schritte veranlasst werden. Nach einem ersten Baggerschurf noch 2022 wird dafür voraussichtlich ein weiteres Bodengutachten in Auftrag gegeben werden müssen.

Nicht davon betroffen sind wahrscheinlich unsere Planungen für die Installation von PV-Anlagen sowohl auf der Lindenplatzhalle als auch auf dem Rathausdach. Daran wollen wir festhalten, auch wenn wir hier leider keine Gelder aus dem kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) verwenden

können. Über diese Art der Ausgestaltung hatte ich mich bereits in der letzten Ausgabe des Zornheimer Boten geäußert. Also hatten wir überlegt, zwei bis drei „Smarte Bänke“ zu installieren, evtl. im Kinsbachpark oder auch in der Gemarkung. Solche Bänke mit Photovoltaik können Handys und Tablets aufladen. Einige bieten sogar LTE WLAN Router mit an. Diese Bänke jedoch hätten zu wenig Effekt, daher könnten auch sie nicht über das KIPKI Programm finanziert werden. Somit planen wir nun nach Rücksprache mit der VG, eine E-Bike-Ladestation am Lindenplatz zu installieren. Diese wird voraussichtlich solarbetrieben drei Anschlüsse enthalten.

Auf den ersten Blick als kleinere Maßnahme zu sehen sind weitere geplante Baumpflanzungen, die ursprünglich bereits 2023 hätten stattfinden sollen. Bezüglich des Projekts „10.000 Bäume in 10 Jahren“ der Verbandsgemeinde Nieder-Olm haben wir einige Standorte mitgeteilt und uns quasi auf die Liste setzen lassen. Da die Pflanzungen zum Teil witterungsbedingt nicht im Oktober haben stattfinden können, hoffe ich auf entsprechende Pflanzungen im Frühjahr 2024. So beispielsweise am Kinsbachpark sowie der Freifläche an der Konrad-Adenauer-Straße Richtung Mommenheim.

Bezüglich der großen Projekte, insbesondere der möglichen Installation von Windenergieanlagen (WEA) heißt es abermals abwarten – auf die 3. Änderung des FNP 2025. Im Vorfeld – so die VG – könnten hier keine weiteren Entscheidungen getroffen oder Beschlüsse herbeigeführt werden.

Ein weiteres Großprojekt im Bereich bauen besteht darin, altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen. Schauen wir uns jedoch die Genese des immer noch in Planung befindlichen Pfortengewann III an, ist eine Umsetzung dieser Idee 2024 und auch 2025 höchstwahrscheinlich nicht möglich. Für eine gänzliche Neuanlage als Teil eines Baugebietes müssen wir nicht nur die Änderung des bestehenden FNP abwarten. Da derzeit keine geeigneten Flächen als potenzielle Baugebiete ausgewiesen sind, müssen diese erst in einem neuen FNP, der an den 2025er anschließt, ausgewiesen werden. Wann dieser in Planung und Umsetzung geht, ist noch nicht absehbar. Daher hat sich schon vor Monaten eine Arbeitsgruppe um Klaus Jaeger daran gemacht, im Bestand nach Möglichkeiten zu suchen, wo innerorts Häuser oder Grundstücke zum Verkauf stehen und die eventuell für ein solches Projekt geeignet wären. Bislang wurden einige Vorschläge gesammelt, die sich aber leider allesamt als kaum machbar herausgestellt haben. Wichtig zu betonen ist an dieser Stelle, dass wir innerhalb des alten Ortskerns durch die Erhaltungs- und Gestaltungssatzung einzelne potenzielle Ideen für Bauprojekte zunächst mit der Kreisverwaltung abstimmen müssen.

Soweit, meine Damen und Herren, ein kleiner Ausschnitt aus den aktuellen Themen der Gemeinde, die uns auch im kommenden Jahr sicherlich begleiten werden. Ich wünsche Ihnen und uns allen ein besinnliches, frohes Weihnachtsfest im Kreis unserer Lieben und einen guten Start in das Jahr 2024!

Ihr **Dennis Diehl**



# Interview mit Ralf Jürgen Winter

## Ralf Jürgen Winter tritt für die CDU bei der Wahl zum Ortsbürgermeister am 9. Juni 2024 an.

Die CDU Zornheim nominierte auf ihrer Mitgliederversammlung am 28. November 2023 Ralf Jürgen Winter einstimmig als Kandidat für die Wahl zum Ortsbürgermeister am 9. Juni 2024. „Wir freuen uns sehr, dass es uns mit Ralf Winter gelungen ist, einen hochqualifizierten Juristen und versierten Unternehmensberater für die Kandidatur zu gewinnen“, so Klaus Jaeger, der Vorsitzende der CDU Zornheim. Der Zornheimer Bote stellt Ralf Winter im folgenden Interview vor.

**ZOBO: Du bist in Zornheim aufgewachsen und wohnst nach Jurastudium, Referendariat und anschließenden ersten beruflichen Tätigkeiten mit deiner Familie seit Mai 2012 wieder in Zornheim. Was war der Grund für die Rückkehr nach Zornheim?**

Unsere Mietwohnung in Mainz wurde für uns zu klein. Wir überlegten, ob wir nicht bauen sollten, verwarfen dies aber wegen der Kosten und weil wir keinen geeigneten Bauplatz fanden. Außerdem musste das Haus meiner Eltern in Zornheim sowieso renoviert werden und daher entschieden wir im Dezember 2011 zusammen mit den Eltern, eine große nachhaltige Lösung zu wählen und sehr umfassend auszubauen, sodass Eltern, Kinder und zukünftiger Nachwuchs viel Platz haben.

**ZOBO: Bereits mit 16 Jahren bist Du in die Junge Union eingetreten. Warum hast Du Dich schon in jungen Jahren politisch engagiert?**

Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 hatte mich als Junge – neben der WM in Italien – sehr beeinflusst und gefreut. Es war eine Zeit des Aufbaus neuer Bundesländer und der Überwindung einer schlimmen Diktatur für einen großen Teil unserer Landsleute. Diese gewannen eine neue Freiheit. Im wiedervereinigten Deutschland kam es zu weiteren Liberalisierungen. Ich erinnere mich noch, wie ich bei Eiseskälte für längere Ladenöffnungszeiten am Brand in Mainz Flugblätter ausgeteilt und mit Passanten diskutiert habe, die mir teilweise sagten, die Welt gehe dadurch unter. Heute haben wir uns an die Vorzüge der verlängerten Ladenöffnungszeiten gewöhnt, sie sind normal und gut so. Leider schwindet die Freiheit – heutzutage wieder klammheimlich – an vielen Stellen.

**ZOBO: Du warst bisher noch nicht kommunalpolitisch aktiv. Was hat Dich bewogen, für die CDU für dieses Amt am 9. Juni 2024 zu kandidieren?**

Seit Corona arbeite ich viel von zu Hause, sodass es zeitlich möglich wurde, mich vor Ort einzubringen.

Ich ging also auf die CDU Zornheim zu und brachte mich ein. Nachdem Dennis entschied, nicht mehr zur Verfügung zu stehen, freute ich mich sehr, als ich von der CDU darauf angesprochen wurde. Der große Zuspruch und die Unterstützung gaben dann für mich den Ausschlag für das Amt des Ortsbürgermeisters zu kandidieren

**ZOBO: Wo siehst Du Veränderungsbedarf in Zornheim? In welchen Bereichen willst Du Dich besonders stark engagieren und auch neue Akzente setzen?**

„Wohnraum schaffen und modernisieren“ ist ganz wichtig und steht ganz oben. Hier müssen wir Gas geben. „Zornheim noch attraktiver für die Menschen machen“ kommt gleich danach und damit auch den Wohlstand erhalten; dabei aber nicht das Geld unserer Kinder verfrühstücken, sondern vernünftige, gute Lösungen angehen. Ein Schlüssel dabei ist auch die Effektivierung der Arbeit mit der Verwaltung der Verbandsgemeinde. Da scheint mir nicht alles Gold was glänzt.

Aber man muss auch sagen, dass Zornheim besser dasteht als andere Gemeinden aufgrund des Verdienstes Vieler im Ort. Hier gilt es daran anzuknüpfen und unseren Spitzenplatz zu verteidigen.



**ZOBO: Der bisherige Ortsbürgermeister Dennis Diehl steht für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Er hat aber seine Bereitschaft bekundet, erneut für den Gemeinderat zu kandidieren. Was hältst Du davon, wenn sich Dein Vorgänger in neuer Funktion engagiert? Super! Ich freue mich sehr, dass Dennis in einer neuen Rolle in der CDU-Fraktion weitermacht. Wir brauchen ihn und er hat meine volle Unterstützung.**

**ZOBO: Die Kandidaten der CDU Zornheim für die Gemeinderatswahl werden Anfang 2024 gewählt. Welche Erwartungshaltung hast Du an die Kandidaten,**

die dich nach der Wahl zum Ortsbürgermeister unterstützen sollen?

Erst einmal finde ich es großartig, dass sich schon jetzt so viele gefunden haben. Das war und ist nicht selbstverständlich. Spricht aber, meine ich, für uns, unseren Ortsverband und für Zornheim.

**ZOBO: Seit dem Jahr 2015 und der damals beginnenden Flüchtlingskrise leben wir -gefühl- im Dauerkrisenmodus: Corona, Krieg in der Ukraine und seit ein paar Wochen wieder der Konflikt in Israel und im Gaza-Streifen. Wie gehst Du persönlich damit um? Welche Auswirkungen hat dies auf Dich und Deine Familie?**

Hm... Zunächst halte ich es für falsch und nicht hilfreich andauernd den Super-GAU auszurufen. Das wird zu Abstumpfungen und zum Gegenteil dessen führen, was die Ausrufer eigentlich erreichen wollen. Das bedeutet jetzt nicht Verharmlosung, sondern ermöglicht meines Erachtens das Finden von vernünftigen Lösungen.

Hierbei ist wichtig, dass man sich auf die Suche nach Lösungen begibt und es auch aushält, dass es in einer freiheitlichen Demokratie ein pluralistisches Meinungsspektrum geben muss. Mir ist immer suspekt, wenn jemand die Weisheit mit Löffeln gefressen hat und keinen Widerspruch mehr zulässt.

Unsere Kinder versuchen wir zu mündigen Bürgern zu



erziehen und nicht zu „Followern“. Gott sei Dank ist das heute in unserem Land möglich.

**ZOBO: Wenn Du am 9. Juni 2024 zum Ortsbürgermeister in Zornheim gewählt wirst, was willst Du in Deinen ersten 100 Tagen machen?**

Ich werde versuchen, die politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsbedingten Abhängigkeiten zu verstehen, die unsere Spielräume in Zornheim bestimmen und einschränken. Um dann Wege zu suchen, wie wir Zornheim weiter nach vorne bringen können. Darüber hinaus werde ich gute Beziehungen aufbauen zu den gewählten Ratsmitgliedern und Fraktionen sowie zu den staatlichen Stellen, die wir brauchen, um unsere Ziele zu erreichen.

## CDU-Fahrt nach Potsdam 18.-21. April 2024

Meine Skepsis und meine Bedenken, ob sich nach der zweimaligen Absage wegen der Corona-Pandemie tatsächlich genügend Mitfahrer/innen für unsere Fahrt nach Potsdam anmelden würden, entpuppten sich als völlig unbegründet, denn die Fahrt war mit 85 Anmeldungen schon nach kurzer Zeit völlig ausgebucht. Ich habe mich darüber sehr gefreut, aber es tut mir auch leid, dass wir nur 54 Personen mitnehmen können. Deshalb haben wir eine Auswahl treffen müssen und zunächst einmal diejenigen berücksichtigt, die uns in den letzten Jahren aktiv unterstützt haben.

Lassen Sie mich noch einmal kurz auf das Programm eingehen. Wir werden mit dem Omnibusunternehmen Müller-Riedstadt am Donnerstag, den 18. April, um 7:00 Uhr losfahren. Unterwegs ist wie immer eine Rast mit Weck, Worscht und Woi geplant. Nach dem Einchecken im Seminaris Avendi Hotel in Potsdam werden wir dort auch zu Abend essen. Am Freitagmorgen sind nach dem Frühstück ab 9:30 Uhr zunächst einmal eine Führung im Potsdamer Landtag und die Diskussion mit einem Abgeordneten der CDU vorgesehen. Wir werden anschließend in der dortigen Kantine zu Mittag essen. Nach dem Essen erfolgt eine ca. 3-stündige Stadtrundfahrt. Der Samstagmorgen steht jedem zur freien Verfügung. Am Nachmittag ist eine Schlösserrundfahrt mit dem Schiff auf der Havel und am Abend ein Essen in der Stadt geplant. Am Sonntag treten wir nach dem Frühstück die Heimreise an. In Erfurt essen wir zu Mittag und schlendern dann mit einem Führer durch die Stadt.

Für Fragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Ihr „Reiseorganisator“ Gerhard Ostendorf



# Aufwertung durch 1.000 neue Bäume

Gerhard Kneib

Nachdem auch in der Vergangenheit schon beachtliche Leistungen von Ausgleichsmaßnahmen in unserer Gemeinde durchgeführt wurden, möchte ich auf Baumpflanzungen in der letzten Zeit hinweisen. Seit 2016 wurden mit unserem Kooperationspartner „Wald zum Leben“ beispielhafte Erfolge erzielt. Seit dieser Zeit wurden in einer Reihe von Einzelmaßnahmen und Pflanzaktionen 940 Bäume auf mehr als 7 ha in unserer Gemeinde angepflanzt. Dies war nur möglich, weil durch Erwerb oder langfristige Pachtsicherung die Flächen von den Grundstückseigentümern zur Verfügung gestellt wurden.

Gepflanzt wurden: Schwarzerle – Feldahorn – Winterlinde – Sommerlinde – Bergahorn – Speierling - Elsbeere und viele alte Obstarten, z. B. Esskastanien, Traubeneiche, Nussbäume und viele andere Waldbaumarten.

Neben diesen Neupflanzungen wurden aber auch eine Vielzahl von Altbäumen erhalten und gesichert. Von besonderer Bedeutung ist, dass viele Neupflanzungen durch Stiftungen von Privatpersonen begleitet und unterstützt wurden und dadurch eine breite Beteiligung und Solidarisierung unserer Gemeinde erreicht wurde.

Ortsbürgermeister Dennis Diehl betonte, er sei froh, dass die Gemeinde einen zuverlässigen Partner in der Stiftung „Wald zum Leben“ gefunden hat und dass alle

gemeinsamen Maßnahmen auch als Ausgleichsflächen anerkannt wurden. Es freute ihn, dass die Pflanzaktionen so beliebt seien, dies schaffe bei den Bürgern eine hohe Identifikation mit dem Umwelt- und Naturschutz. Auch dankte er allen Baumspendern und Bürgern, die durch die Bereitstellung von Flächen einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Er sei stolz auf diese Gemeinschaftsleistung für Umwelt und Naturschutz.

Besonders begrüßt er, dass die Ausgleichsmaßnahmen vor Ort umgestaltet wurden und nicht durch Finanzierung von Aufforstungsmaßnahmen außerhalb unserer Gemeinde.



## Grünpaten gefunden

Elke Tautenhahn

In diesem Jahr konnte die Ortsgemeinde Zornheim wieder Grünpaten gewinnen. Diese sind ein „Gewinn“ im wahrsten Wortsinn. Sie verschönern unseren Ort in besonderer Weise.

Zwei Familien haben sich im Herbst entschlossen je einen Holzpflanzkübel in der Konrad-Adenauer-Straße zu begrünen. Zum Teil wurden sogar Pflanzen aus dem eigenen Garten entnommen und ihnen eine neue Heimat gegeben. Das Ganze wurde als Familienaktion mit den Kindern in Angriff genommen. Das wertet nicht nur die Straße auf, sondern öffnet auch die Augen für die Umgebung und schafft ein Bewusstsein für die Umwelt. Es bleibt zu wünschen, dass beide Familien noch lange selbst Freude an der Pflege haben. Vielleicht dient dieses Engagement auch als Anregung für weitere Bürgerinnen und Bürger. Denn Grünpaten sind in Zornheim jederzeit herzlich willkommen.

An dieser Stelle danken wir nicht nur den neu gewonnenen beiden Familien, sondern auch den langjährigen Patinnen und Paten, die es jedes Jahr aufs Neue schaffen, dass unser Ort schöner wird.



## Der Bundeshaushalt auf dem Prüfstand.

Als „Schicksalsbuch der Nation“ wurde früher der Haushalt von Bund und Ländern bezeichnet. Im Haushalt spiegelt sich das politische Handlungsprogramm der jeweiligen Regierung wider. Dabei gelten die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit, der Jährigkeit und der Jährlichkeit. Diese wurden durch die Ampel seit ihrer Wahl vor zwei Jahren umgangen. Die in der Corona-Pandemie nicht ausgeschöpften Mittel in Höhe von 60 Mrd. Euro zur Stabilisierung der Wirtschaft wurden in einen Energie- und Klimafonds übertragen. Mit der Schaffung von Sondervermögen sollten zusätzliche Ausgabenwünsche finanziert werden, die grundgesetzlich verbindliche Schuldenbremse wurde dadurch umgangen. Zahlreiche Finanzwissenschaftler und Haushaltspraktiker warnen seit langem vor einer zunehmenden Verlagerung von öffentlichen Ausgaben auf Sonderfonds und den Folgen einer solchen ‚Flucht aus dem Budget‘. Dadurch spiegelt der Bundeshaushalt nicht mehr das gesamte „Schicksal der Nation“ wider.

Gegen die Aushebelung der Schuldenbremse durch das Sondervermögen klagte - zu Recht - die CDU-Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht. Dessen Urteil vom 15. November 2023 zur Umgehung der Schuldenbremse hat zu einer beispiellosen öffentlichen Diskussion über die öffentlichen Finanzen und letztlich auch über die Aufgaben des Staates in der „Zeitenwende“ geführt. Das Urteil ist nach Auffassung vieler Kommentatoren „historisch“, der deutsche Politikbetrieb wurde „erschüttert“. Die Bundesregierung wurde nach Meinung vieler Medien unvorbereitet von dem Richterspruch getroffen. Wir haben dadurch aber keine Staatskrise und ein überzogener Pessimismus ist fehl am Platz. Wir brauchen eine nüchterne Analyse, jenseits von parteipolitischen Interessen. Und dazu gehört die Anerkennung der Tatsache, dass die Finanzpolitik schon seit Jahren vor enormen Herausforderungen aufgrund großer struktureller Veränderungen steht. Und das nicht erst seit der Vereidigung der Ampel-Regierung von SPD, Grünen und FDP am 8. Dezember 2021.

Die strukturellen Herausforderungen sind lange bekannt: Die Bevölkerung altert, die digitale und ökologische Transformation muss vorangebracht werden. Die öffentliche Infrastruktur (Straßen, Brücken, Bahn, öffentliche Gebäude) ist nicht erst seit 2 Jahren marode und muss in vielen Bereichen dringend erneuert werden. Der Einmarsch der russischen Armee am 24. Februar 2022 in die Ukraine hat die Defizite der jahr-

zehntelang kaputtgesparten Bundeswehr deutlich gemacht. Die vor vielen Jahren von der Bundesregierung zugesagten Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des Sozialprodukts wurden nie erreicht. Die Zeiten der „Friedensdividende“ (Einsparung bei den Militärausgaben) seit dem Fall der Mauer sind beendet. Ein Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. Euro wurde mit Zustimmung der CDU/CSU verabschiedet, um die Bundeswehr verteidigungsfähig zu machen. Die bis zum Februar 2022 vor allem von Teilen der SPD und der Grünen verteilte Rüstungsindustrie soll nun binnen kürzester Zeit wieder leistungsfähig werden - und das in Zeiten des Fachkräftemangels und einer überbordenden Bürokratie im Beschaffungswesen der Bundeswehr. Und, last but not least, zeigt der Terrorangriff der Hamas auf Israel und die daraus resultierende Bombardierung des Gaza-Streifens, dass nicht nur die deutsche Außenpolitik vor weiteren großen Herausforderungen steht.

Die Schaffung von Sondervermögen oder Sonderfonds ist nichts Neues. Nach der Wiedervereinigung wurde ein Sonderfonds „Deutsche Einheit“ in Höhe von 115 Mrd. DM durch die Regierung Helmut Kohl geschaffen. Manfred Carstens (CDU), der damalige Parlamentarische Staatssekretär von Theo Waigel, begründete die Finanzierung über ein Sondervermögen, weil damit die „Investitionen in die deutsche Zukunft nicht aus laufenden Haushaltsmitteln, sondern zu einem großen Teil langfristig über Kredite zu finanzieren sind.“ Ingrid Matthäus-Maier, stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, zweifelte diese Argumentation entschieden an. Dadurch werde das Recht des Parlaments und der Öffentlichkeit auf unverfälschte und umfassende Informationen über das Regierungsverhalten ausgehöhlt. Dieses Sondervermögen und auch die schwierige wirtschaftliche Lage nach der deutschen Wiedervereinigung führten dazu, dass der Schuldenstand und damit die Zinsbelastungen im Bundeshaushalt in den 1990er Jahren stark anstiegen. Dadurch wurde die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt. Die Diskussion über die Begrenzung kreditfinanzierter Staatsaufgaben bekam zunehmend Aufmerksamkeit. Die Schuldenbremse auf Bundesebene fiel in die Amtszeit des Sozialdemokraten Peer Steinbrück als Bundesfinanzminister. Er wollte durch die Reduzierung von Schuldenstand und damit auch Zinslast wieder für einen handlungsfähigen Staat sorgen. Die Zinsausgaben betragen 2009 40 Mrd. Euro, das waren bei einem Gesamthaushalt von 290 Mrd. 14 Prozent! Die Einführung der Schuldenbremse und die außergewöhnlich und lang anhaltende gute wirtschaftliche Lage in den

2010-er Jahren führten zu einer deutlichen Reduzierung der Verschuldung des Bundes. Erstmals seit Jahrzehnten konnte der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Jahr 2014 einen Überschuss in Höhe von 15,5 Mrd. Euro verkünden. Dieser Überschuss stieg im Vor-Coronajahr 2019 sogar auf 21,5 Mrd. Euro. Niedrige Zinsen ermöglichten Umschuldungen, die die Zinsbelastung im Bundeshaushalt von 40 Mrd. Euro in 2009 auf nur noch 12 Mrd. Euro im Jahr 2019 reduzierten und das bei einem Bundeshaushalt in Höhe von 357 Mrd. Euro. Diese kluge und weitsichtige Politik hat dazu geführt, dass Ende 2022 die deutsche Schuldenquote bei nur 66 Prozent lag. In Großbritannien liegt sie bei 102 Prozent, in Frankreich bei 112, in den USA bei 121 und in Italien gar bei 144 Prozent.

Um den Haushalt 2024 ordnungsgemäß verabschieden zu können müssen entweder die Steuereinnahmen erhöht oder die Ausgaben gesenkt werden. Bei Redaktionsschluss des Zornheimer Boten gab es dazu noch keine Entscheidung. Interessengegensätze zeigen sich auch innerhalb der CDU zwischen Friedrich Merz von der Bundes-CDU und einigen Bundesländern. Die Ministerpräsidenten Rainer Haseloff in Sachsen-Anhalt und Kretschmer in Sachsen sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Ralf Wegner, stellen die bisherige Höhe der Schuldenbremse infrage. Bei ihrer Einhaltung könnte es z. B. schwierig werden, zugesagte Subventionen in Höhe von fast 20 Mrd. Euro für den Bau von Chipfabriken in Magdeburg beziehungsweise

Dresden aus dem Bundeshaushalt erhalten.

Kurzfristig wird es darauf hinauslaufen, dass für das Jahr 2024 erneut eine „Notlage“ festgestellt wird. Inzwischen häufen sich öffentliche Äußerungen von Wissenschaftlern und anerkannten Institutionen, die eine Lockerung der Schuldenbremse fordern. Dazu gehören der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, das Institut der Deutschen Wirtschaft und auch der Internationale Währungsfonds. Dieser plädiert für eine Erhöhung der Schuldenquote um einen ganzen Prozentpunkt auf 1,35 Prozent. Selbst die Deutsche Bundesbank ist für eine Erhöhung der Schuldenbremse auf 0,5 Prozent. Voraussetzung für eine Lockerung der Schuldenbremse ist eine 2/3 Mehrheit. Dafür ist eine Zustimmung der CDU/CSU im Bundestag derzeit nicht erkennbar.

Die CDU hält an ihrem Widerstand verständlicherweise fest. Eine zu frühe Lockerung würde Begehrlichkeiten für zusätzliche Staatsausgaben im sozialen Bereich und bei Subventionen wecken. Mit Blick auf die Wahlen in zwei Jahren sollte sich die CDU bis dahin konstruktiv in die Diskussion über eine moderate Erhöhung der Schuldenbremse einbringen. Die zu Beginn des Beitrags skizzierten Herausforderungen werden uns noch über viele Jahre begleiten. Dies rechtfertigt auch eine moderate Erhöhung der mit Schulden finanzierten Staatsausgaben. Nicht nur im eigenen, parteipolitischen, sondern im gesamtstaatlichen Interesse.

## Mitgliederversammlung CDU Zornheim E. Tautenhahn

Am 28.11.2023 fanden im Bürgercafé Zornheim die Mitgliederversammlungen des Ortsverbandes der CDU Zornheim statt. In der ersten Versammlung standen der Bericht des Vorsitzenden Klaus Jaeger und die Vorstandswahlen im Vordergrund, die zweite diente der Nominierung eines neuen Ortsbürgermeisterkandidaten.

Klaus Jaeger betonte in seiner Rede, dass „die CDU in diesen unruhigen und schwierigen Zeiten, zu ihren christlichen Werten stehen müsse.“ Die meisten Ziele der CDU Zornheim konnten in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Voraussetzung dafür sei die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat gewesen. Gerhard Kneib habe sich in besonderer Weise wieder um die Kooperation mit der Stiftung Wald zum Leben eingesetzt. Viele CDU-Mitglieder seien auch ehrenamtlich aktiv. Der Bericht des Schatzmeisters Georg Gerhardt wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Die beiden Rechnungsprüfer Dennis Diehl und Albert Schmedding bescheinigten ihm eine solide und ordentliche Kassenführung und

beantragten seine Entlastung. Nach der Aussprache über die Berichte erfolgte die einstimmige Entlastung des Vorstandes bei Enthaltung der Betroffenen.

Klaus Jaeger als Vorsitzender und Irene Weber als erste stellvertretende Vorsitzende wurden wiedergewählt. Neu gewählt, als zweiter stellvertretender Vorsitzender, wurde Dr. Harald Olschok-Tautenhahn. In ihren Ämtern bestätigt wurden Georg Gerhardt als Schatzmeister, Christel Jaeger als Schriftführerin, Elke Tautenhahn als Presseverantwortliche, Dennis Diehl und Albert Schmedding als Kassenprüfer. Neuer Mitgliederbeauftragter wurde Ralf Jürgen Winter. Gewählte Beisitzer sind: Birgit Dany-Pietschmann, Stefan Dietze, Hiltrud Hollich, Gerhard Kneib, Andreas Neumann sowie Andrea Nordmann.

Stefan Kneib, Mitglied des Kreistages, informierte über die Arbeit im Kreis Mainz-Bingen. Die Problematik der rückläufigen Einnahmen des Kreises werden auch für Zornheim zu einer Erhöhung der Kreisumlage führen. Der Landtagsabgeordnete Thomas Barth gab einen



Das neue Führungstrio der CDU Zornheim: Harald Olschok-Tautenhahn, Irene Weber und Klaus F. Jaeger

Überblick über die wichtigsten Themen auf Landesebene. Der neue und alte Vorsitzende Klaus Jaeger gratulierte den Gewählten und dankte allen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement.

In der zweiten Mitgliederversammlung stand die Nominierung des Bürgermeisterkandidaten der CDU Zornheim für die Kommunalwahl am 9. Juni 2024 auf der Tagesordnung. Dennis Diehl hatte bereits vor einiger Zeit mitgeteilt, dass er für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stehe. Klaus Jaeger bedauerte dies und freute sich umso mehr, dass Dennis Diehl seine Bereitschaft bekundet hat, sich erneut für den Gemeinderat zur Wahl zu stellen.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Ralf Jürgen Winter für seine Bereitschaft für das Amt des Bürgermeisters zur Verfügung zu stehen. Der 44-jährige Jurist stellte sich vor und skizzierte seine Vorstellungen für das Amt (siehe Interview auf Seite 4 und 5). Einstimmig wurde er von den Mitgliedern gewählt. Er bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Im Januar 2024 werden die Bewerberinnen und Bewerber der CDU für den zukünftigen Gemeinderat nominiert.

## Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt?

### Der Rechtspopulismus erschüttert unsere demokratische Grundordnung. Persönlicher Standpunkt von Gerhard Ostendorf

Als die Landtagsergebnisse der AfD in Hessen (18,4%) und Bayern (14,6%) feststanden, war allen klar, dass diese Partei auch im Westen angekommen ist. In einem Interview sagte dann auch noch die Ko-Vorsitzende Alice Weidel, die AfD sei jetzt eine „gesamtdeutsche Volkspartei“ mit dem Anspruch, eine Partei der gesellschaftlichen Mitte zu sein, der man politische Verantwortung in einer Regierungskoalition übertragen müsse.

Unglaublich, habe ich mir gedacht, wenn ich die Aussagen von AfD-Politikern näher anschauere, die sich immer mehr in Opposition zu unserer demokratischen Grundordnung positionieren. Persönlich halte ich das Erstarren der extremistischen Parteien, die mit Forderungen nach einem EU-Austritt, der massiven Beschneidung der Europäischen Union oder Einschränkungen von Rechten und Freiheiten von Minderheiten in ganz Europa eintreten, für mehr als bedenklich und mit meinem Wertgefühl nicht vereinbar. Auch die Aussagen vieler rechtsextremer Mitglieder um den Thüringer Parteichef Björn Höcke lassen nichts Gutes erwarten. Trotz dieser eindeutig rechtsradikalen Positionierung wird die AfD nach neuesten Umfragen von über 22% der Wähler als normale Partei der Mitte eingestuft. Nein, die AfD rückt nicht in die Mitte, sondern zieht Teile der Mitte zum Rand und betreibt mit bürgerlicher Maskierung eine demagogische, verfassungsfeindliche Politik.

Offenbar haben viele keine Geschichtskennntnisse mehr und wissen nicht, dass vor 90 Jahren eine Partei mit demokratiefeindlichem, menschenverachtendem, neonazistisch ausgerichtetem und antisemitischem Gedankengut an die Macht kam, die in der Folge die Demokratie und Freiheit abgeschafft, Europa und die Welt ins Chaos gestürzt und unglaubliches Leid über Millionen Menschen gebracht hat.

Genauso agiert jetzt die AfD und offenbar will es niemand wirklich wahrhaben. Die Relativierung des Nazi-Regimes durch den früheren AfD-Chef Alexander Gauland als ein „Fliegenschiss der Geschichte“ ist ein Schlag ins Gesicht der Millionen Holocaust- und Kriegsoffer. Auch die Tatsache, dass im Mai 2023 der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla zu einem Empfang in die Russische Botschaft gegangen ist, zeigt offen, dass die AfD Verständnis für Putins Kriegspolitik hat und dass auf die Verletzung der Menschenrechte und die zehntausenden Opfer keine Rücksicht genommen wird. Björn Höcke behauptete schon 2021, Deutschland sei keine Demokratie mehr, sondern im „Übergangsstadium zum Totalitarismus“. Dann hat er in einem Sommerinterview mit dem MDR ganz offen ausgesprochen, für welche menschenfeindliche Politik er steht. Er bezeichnete die Inklusion in Schulen als Ideologienprojekt. Mädchen und Jungen mit Behinderungen nicht in Sonder-, sondern in Regelschulen zu unter-

richten, gehöre zu Projekten, die „unsere Kinder nicht weiterbringen und unsere Schüler nicht leistungsfähiger machen“. Die Inklusion pauschal als Ideologie zu verurteilen, die der Leistungsfähigkeit unserer Kinder schadet, lässt tief blicken und erinnert an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte.

Man kann mit dem Heizungsgesetz, der Migrations- und Bildungspolitik, der Angst vor einem Konjunktur-einbruch und düsteren Prognosen unzufrieden sein, aber keine berechtigte politische Kritik oder Sorge rechtfertigt den Boden unserer freiheitlichen Demokratie zu verlassen und einer menschenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen, feindseligen und radikal gesinnten rechten Partei die Stimme zu geben. Hinterher kann niemand sagen, er habe nichts gewusst. Es gibt genügend demokratische Alternativen.

Leider haben die demokratischen Parteien bislang keine wirksamen Mittel gegen Höcke & Co gefunden. Und dann hat die Wahl von Geert Wilders in Holland gezeigt, dass ein Rechtsruck in ganz Europa stattgefunden hat. Es wäre dringend notwendig, dass die Ampelkoalition in Zukunft die Menschen mitnehmen und klare Kante zeigen würde. Krieg tobt im Nahen Osten und in der Ukraine und das Klimaproblem oder die Migrationsfrage sind von solcher Bedeutung, dass es nicht die eine große Lösung gibt. Und jetzt fehlen plötzlich auch noch 60 Milliarden Euro in der Haushaltskasse. Man muss überzeugend darlegen, warum es sich bspw.

lohnt, die Nachteile und Mühen der Energiewende in Kauf zu nehmen und Veränderungen mitzutragen. Bei der jüngsten Debatte um das Heizungsgesetz und die Fragen der Migration ist dies der Ampelkoalition nur bedingt gelungen. Die Wähler können nicht verstehen, warum man sich in Regierungsparteien nur herumstreitet und es nicht gelingt einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Alle demokratischen Parteien sollten jetzt an einem Strang ziehen und Regierung und Opposition gemeinsam konstruktiv um Lösungen ringen. Ansonsten werden viele Wähler aus Enttäuschung über die ewigen Streitereien den etablierten Parteien den Rücken kehren.

Für mich ist die AfD keine Protestpartei, keine Stimme einer vermeintlich vernachlässigten Minderheit, nein, sie ist eine Partei, die unsere Demokratie bedroht, unser Gemeinwesen verändern und Rechte für Minderheiten, Schutzbedürftige und Andersdenkende abschaffen will. So ist es nicht verwunderlich, dass der Verfassungsschutz bei der AfD in Thüringen und Sachsen-Anhalt seinem aktuellen Bericht zufolge „Diffamierungen und Verunglimpfungen politischer Gegner sowie des Staates und seiner Repräsentanten, die nicht eine Auseinandersetzung in der Sache, sondern eine generelle Herabwürdigung und Verächtlichmachung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel haben“ sieht, und deshalb die AfD als rechtsextremistische Partei einstuft.

Ihr Gerhard Ostendorf

## Neues aus dem Landtag in Mainz

Thomas Barth

Liebe Zornheimerinnen und Zornheimer,

in dieser Ausgabe möchte ich Sie über ein Thema informieren, das bei meinen Besuchen vor Ort im Wahlkreis immer wieder Gegenstand von Gesprächen mit gastronomischen Betrieben war. Gemeint ist die nunmehr von der Ampel in Berlin beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie von 7 auf 19 %. Eine Entscheidung, die nicht nur geschäftsschädigend ist, sondern auch völlig paradox und wettbewerbsverzerrend: Denn während frisch zubereitetes Essen in Restaurants mit 19 Prozent besteuert wird, wird auf Essen zum Mitnehmen in Einweg-Verpackungen weiterhin nur 7 Prozent erhoben.

Als ob unsere Gastwirte und Restaurantbesitzer nicht schon genug durch Corona, hohe Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie sowie chronischen Fachkräftemangel gebeutelt wären, setzt die Ampel-Regierung in Berlin mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer noch eins drauf. Das ist Gift für die heimische Gastronomie und gefährdet die Existenz vieler Gaststätten im Kreis. Viele hatten gehofft, dass sie sich auf

das Wort des Bundeskanzlers verlassen können, der eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeschlossen hatte, und wurden bitter enttäuscht.

Das Ende vom Lied wird sein, dass viele familiengeführte Betriebe, die schon durch Corona erhebliche finanzielle Einbu-

ßen erleiden mussten, nun vor dem Aus stehen. Wie schwierig vielerorts die Situation ist, habe ich bei zahlreichen Gesprächen mit Gaststätten- und Restaurantbesitzern in meinem Wahlkreis erfahren, zuletzt auch bei meinem Besuch bei Marijana und Lucas Christgen, den Inhabern der Zornheimer Wein-stube (siehe Foto).



Der Unmut der Gastronomen ist mehr als verständlich. Eine ganze Branche muss jetzt dafür herhalten, um die selbstverschuldete und verfassungswidrige Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung zu finanzieren.

Um überhaupt über die Runden zu kommen, müssen personalintensive Arbeiten reduziert, das Angebot verringert, Öffnungszeiten angepasst und Mitarbeiter entlassen werden. Ferner, und das ist ein großes Ärgernis, müssen die Gastronomen ihre steigenden Kosten an die Gäste weiterreichen. Um halbwegs rentabel zu wirtschaften, sind diese gezwungen, ihre Preise ab Januar 2024 anzupassen und weitere direkte und indirekte Kosten in die Preisgestaltung einzurechnen, wie z.B. die Mauterhöhung und die CO2-Steuer, die sich wiederum auf die Einkaufspreise wie Lebensmittel, Wäsche und Sanitärprodukte auswirken. Für die Kunden heißt das, dass sie ab kommendem Jahr für Gerichte bis zu 15 Prozent mehr zahlen müssen.

Leidtragende bei der Mehrwertsteuererhöhung sind nicht nur die Betriebe mitsamt Beschäftigten und Gästen, sondern die gesamte Tourismuslandschaft in Rheinhessen, die mit heimischen Speisen wirbt. Essen gehen, ein Stück Lebenskultur, wird für immer weniger Menschen erschwinglich. Ganz zu schweigen von den Auswirkungen, die die Mehrwertsteuererhöhung für Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime mit sich bringt. Deshalb stehe ich weiter für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen und damit an der Seite all derjenigen in Rheinhessen, die ihr Restaurant, ihr Gasthaus oder ihre Straußwirtschaft mit Herzblut betreiben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Übergang ins neue Jahr 2024!

Ihr **Thomas Barth**

Abgeordneter für den Wahlkreis Ingelheim

## Termine und Vorankündigungen 2024

- Am **13. Januar 2024** werden wir einer langen Tradition folgend Ihre **Weihnachtsbäume einsammeln**, wir treffen uns um 9.00 Uhr im Kastanienhof bei Kneib's in der Neugasse. Helfer sind willkommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.
- Begleiten Sie uns am **1. Mai 2024** zur informativen **Maiwanderung** rund um Zornheim.
- Vom **24. bis 26. Mai 2024** erwarten wir unsere französischen Gäste aus **Mareuil-le-Port** aus Anlass des **40-jährigen Bestehens unserer Partnerschaft**.
- Am **9. Juni 2024** freuen wir uns auf Ihre Stimmabgabe - sei es persönlich im Wahllokal oder per Briefwahl - bei der **Kommunal- und Europawahl**.



### Die CDU trauert um ihr verstorbenes Mitglied

#### Hans-Joachim Palmen

Zunächst als Beigeordneter unterstützte er unseren ehemaligen Bürgermeister Werner Dahmen, war danach im Vorstand des CDU-Ortsverbandes aktiv und hat sich zuletzt als Seniorenvertreter in der Orts- und Verbandsgemeinde mehrere Perioden für die Belange unserer Seniorinnen und Senioren eingesetzt.

An vielen Stellen in Zornheim hat sich Jochen engagiert. Er konnte sich in vielen Belangen aus und hat sich z. B. auch bei der Nutzung des Backhauses aktiv eingebracht.

Seine Hilfsbereitschaft und Einsatzfreude werden uns fehlen. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt seiner Ehefrau.

## durch Kapelle und Naturschutz

Zur Errichtung der „Kapelle in den Weinbergen“ mussten vorab einige umfangreiche Maßnahmen angestossen und umgesetzt werden, die deren Erstellung und Realisierung im Kontext mit den landschaftlichen Gegebenheiten und den behördlichen Vorgaben überhaupt erst ermöglichten.

Da die Kapelle von Weinbergen umgeben sein sollte, mussten die umliegenden, kleinteilig parzellierten Ackerstreifen umgelegt und neu aufgeteilt werden. Dies dient auch einer verbesserten weinbaulichen Nutzung. Im Frühjahr 2024 erfolgt eine weitere Umwidmung der landwirtschaftlichen Flächen im Umfeld der Kapelle, sodass das Ziel „Kapelle in den Weinbergen“ weiter umgesetzt wird. Das Flurstück mit der Kapelle ist ausreichend groß, sodass der Ausgleich der Eingriffe auch unmittelbar auf dem Flurstück erfolgt.



© H. Olschok

Im Zuge der erfolgreichen Abwicklung bei den Umlegungen war es ein Glücksfall, dass in unmittelbarer Nachbarschaft zu den neuen, zukünftigen Weinbergen zwei Grundstückseigentümer die Absicht hatten, eine naturnahe Entwicklung der ehemaligen Obstbauflächen in die Wege zu leiten.

Dabei gelang es der Gemeinde Zornheim, die Fläche eines dieser Eigentümer zu erwerben, um in Eigenregie die Umwandlung der Nutzflächen in ein naturnahes Biotop einzuleiten und in der Entwicklung weiterzuführen. Durch die ökologische Aufwertung der ehemals

landwirtschaftlich genutzten Fläche, wird sich das Ökokonto der Gemeinde entsprechend erhöhen. Dies kann wiederum bei zukünftigen baulichen Maßnahmen in Anrechnung gebracht werden und ist damit der Gemeinde von großem Nutzen.

Ziel war es, nach der Rodung die ehemalige Obstfläche – bei Erhalt einiger Exemplare – in eine artenreiche Wiesenfläche umzuwandeln, in der Totholzstreifen, Natursteinschüttungen und Neuanpflanzungen von heimischen Feldgehölzen zur Steigerung der Artenvielfalt beitragen sollen. Dies wurde bereits umgesetzt.



© R. Kneib

Natursteinschüttung im winterlichen Gewand

Zudem gelang es, in Abstimmung mit den benachbarten Eigentümern, entlang des Wingertsbergwegs, eine Baumreihe mit 12 heimischen Mehlbeeren (*Sorbus aria*) zu pflanzen, die die Besucher auf dem letzten Abschnitt des Weges zur Kapelle begleiten.

Bei der „Familienwanderung“ der Weinbruderschaft Rheinhessen wurde im Sommer 2023 eine Hochstamm-Resista-Ulme gepflanzt. Auch diese traditionelle Baumart dient einer zusätzlichen Aufwertung.

Die neue Fläche bildet einen weiteren „Trittstein“ und eine wertvolle Ergänzung der in der Zornheimer Gemarkung bereits vorhandenen naturnahen Flurstücke und bereichert durch ihr kontrastierendes Erscheinungsbild zu den klar strukturierten Rebzeilen in der Nachbarschaft. Als typische rheinhessische Landschaft ist sie ein weiteres belebendes Element und dient dem Natur- und Artenschutz.